



Regierungsrat Mauro Pedrazzini: «Das Umlagesystem der AHV stösst an seine Grenzen, wenn sich das Verhältnis von Berufstätigen zu Rentnern stark verringert.» (Foto: ZVG)

Mauro Pedrazzini: «Wir sind zu Sparmassnahmen im Gesundheits- und Sozialbereich gezwungen»

Prioritäten Mauro Pedrazzini übernahm in der Regierung das neu geschaffene Ministerium für Gesellschaft, das die Aufgaben von drei früher bestehenden Ressorts übernommen hat: Soziales, Gesundheit sowie Familie und Chancengleichheit. Wir haben uns nach den Prioritäten erkundigt, die Mauro Pedrazzini setzen möchte.

VON GÜNTHER MEIER

«Volksblatt»: Herr Regierungsrat, die neue Regierung ist seit ungefähr drei Wochen im Amt. Als bisheriger Regierungsrats-Stellvertreter zählen Sie nicht ganz zu den Neulingen im Amt. Dennoch die Frage: Wie war der Start?

Mauro Pedrazzini: Ich finde, der Start ist gelungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bestellt, das Team steht, die Arbeit ist aufgenommen worden. Im Team haben wir die vor uns liegenden und absehbaren Aufgaben gesichtet und dann nach Dringlichkeit sowie nach Wichtigkeit geordnet. Das Ministerium für Gesellschaft umfasst einen breiten Aufgabenbereich. Ich habe mir für die ersten Wochen zum Ziel gesetzt, alle Institutionen, die direkt oder indirekt in den Verantwortungsbereich des Ministeriums gehören, zu besuchen. Dabei geht es mir vor allem darum, die Verantwortlichen und Mitarbeitenden persönlich kennenzulernen, einen ersten Gedankenaustausch zu machen, aber auch Wünsche und Anregungen entgegenzunehmen.

Und, ist Ihnen der Einstand auf diese Art gelungen?

Einige Termine sind noch offen, werden aber so schnell wie möglich erledigt. Aus meiner Sicht schätze ich die bisherigen Begegnungen mit den Mitarbeitenden in den einzelnen Fachbereichen sehr positiv ein. Es waren interessante Gespräche, die mir einen Einblick in die Fachthemen gaben. Ich konnte in kurzer Zeit sehr viel lernen. Beindruckt hat mich auch die Fachkompetenz der Mitarbeitenden und deren Motivation zur Bewältigung der nicht immer einfachen Aufgaben.

Können Sie frei schalten und walten? Oder hat die Regierung auch übergeordnete Zielsetzungen?

Derzeit gibt es ein Thema, das alle Diskussionen und alle Agenden beherrscht: die Sanierung des Staatshaushalts. Die Umsetzung dieser Zielsetzung bestimmt die Prioritäten in den Ministerien. Zuerst

meiner Prioritätenliste stehen die AHV und die Krankenversicherung. Bei der AHV geht es um die langfristige Sicherung der Renten und um die Beitragsleistungen des Staates: Zwischen diesen beiden Polen müssen wir einen vernünftigen und tragbaren Mittelweg suchen. Nicht anders bei der Krankenversicherung, wo uns die knapperen finanziellen Mittel zu Sparmassnahmen zwingen, ohne dass der Bevölkerung zu hohe Prämien aufgebürdet werden und zu grosse Abstriche bei der Gesundheitsversorgung gemacht werden dürfen.

AHV wie Krankenversicherung sind Themenbereiche, die umfangreiche Vorarbeiten und Berechnungen erforderlich machen, bis dem Landtag entsprechende Vorlagen unterbreitet werden können. Gleichzeitig bin ich mir bewusst, dass jede Änderung kontroverse Diskussionen nach sich ziehen wird.

Der Staat war in den vergangenen Jahren relativ grosszügig bei der Mitfinanzierung der AHV und der Krankenversicherung. Sehen Sie in diesen Bereichen deshalb Sparpotenziale?

In das Gesundheitswesen fliessen derzeit jährlich rund 90 Millionen Franken aus Steuergeldern. In die AHV sind es über 50 Millionen Franken. Daraus wird sichtbar, dass die beiden Versicherungssysteme für Alter und Krankheit nicht selbsttragend sind. Der Landtag hat in der letzten Legislaturperiode einige Pflöcke eingeschlagen zur Verringerung dieser Staatsbeiträge. Nun steht die konkrete Ausgestaltung der Massnahmen bevor, was keine leichte Aufgabe sein wird.

Überall in Westeuropa wird die Zukunft der Rentensysteme diskutiert. Ist unsere Altersvorsorge gesichert? Als unsere Vorfahren die AHV errichtet haben, zeigte sich der Bevölkerungsaufbau noch als Pyramide. Das heisst, unten war ein breites Fundament junger Leute, die Spitze bildete die ältere Generation. Inzwischen hat sich dieses Bild verändert, weil einerseits die Kinderzahl geringer geworden ist und andererseits die

Lebenserwartung dank Medizin und Wohlstand stetig ansteigt. Das Resultat ist eine Überalterung der Gesellschaft, sobald die geburtenstarken Jahrgänge ins Pensionsalter kommen. Das Umlagesystem der AHV stösst an seine Grenzen, wenn sich das Verhältnis von Berufstätigen zu Rentnern stark verringert.

Das tönt skeptisch, was die Sicherung der Altersvorsorge angeht. Grundsätzlich ist zu sagen, dass unser System der Altersvorsorge mittels AHV, betrieblicher Pensionskasse und persönlichen Ersparnissen an sich recht robust ist. Von Zeit zu Zeit sind aber beherrzte Eingriffe notwendig, damit es stabil bleibt. Problematisch ist die Situation von Personen, die keine Leistungen aus einer Pensionskasse zu erwarten haben. Die stabile Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft über viele Jahre ist heute schon fast die Ausnahme. Patchwork-Familien erfordern ein höheres Mass an Eigenverantwortung und von staatlicher Seite vielleicht auch einige Neuerungen bei der Altersvorsorge.

Ein anderes Thema: Die Leitung der Stabsstelle Chancengleichheit haben Sie mit einem Mann besetzt. Wollten Sie damit ein bestimmtes Zeichen setzen?

Nein, denn im Rahmen der Reorganisation der Verwaltung hat die Regierung vor, die operativen Aufgaben der Stabsstelle auf Amtsebene zu verlagern. Jene Aufgaben, die eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat verlangen, sollen von einer noch zu schaffenden Ombudsstelle wahrgenommen werden. Vor dem Hintergrund knapper Finanzmittel ist es oberstes Gebot, eine Lösung zu suchen, damit die Aufgaben möglichst effizient erledigt werden können. Die Leitung der Stabsstelle war schon bei der Amtsübergabe interimistisch besetzt. Aufgrund von Verschiebungen im Mitarbeiterstab der Regierung hat nun eben ein Mann die interimistische Leitung übernommen. Er erhält dafür keine separate Entschädigung, seine Funktion ist Teil seines Aufgabengebietes als Mitarbeiter im Ministerium.

Ein «Erbstück» aus der vergangenen Amtsperiode ist das Thema Spitalversorgung. Was haben Sie mit dem Landesspital vor?

Ich habe auch das Landesspital bereits besucht und mir persönlich ein Bild von der Lage gemacht. Nach meiner Einschätzung hat die neue Führung mit grossem Einsatz die Situation stabilisiert und viele Verbesserungen herbeigeführt. Für die allerwenigsten Renovierungen hat die Regierung die erforderlichen Geldmittel bewilligt. Die sich aufdrängenden Umbauten werden nun angegangen, wobei ich betonen möchte, dass jeder Rappen zweimal umgedreht wird!

Ein Neubau des Landesspitals steht nicht mehr zur Diskussion?

Das bestehende Gebäude kann nicht mehr ewig als Landesspital genutzt werden. Deshalb müssen wir uns natürlich Gedanken über die Zeit danach machen und uns gleichzeitig vor Augen halten, dass keine der denkbaren

Varianten gratis zu haben sein wird. Investitionsprojekte werden es in dieser Legislaturperiode aber angesichts der Finanzlage des Staates schwer haben. Ganz besonders betrifft diese Situation die Projektierung eines neuen Landesspitals, die zudem vor dem Hintergrund einer negativen Volksabstimmung betrachtet werden muss.

Nochmals zum Spital. Welche Strategie wird verfolgt: Konkurrenz oder Kooperation?

Diese Schlagworte greifen zu kurz, es ist nicht eine Entscheidung für das eine oder gegen das andere. Jedes Spital ist gefordert, einen rentablen Betrieb anzustreben. Liechtenstein hat relativ gesehen einen sehr hohen Anteil an Personen mit Privat- oder mit Halbprivat-Krankenversicherung. Patienten mit solchen Zusatzversicherungen sind bei den Spitälern natürlich sehr begehrte. Insofern besteht eine gewisse Konkurrenzsituation. Auf der anderen Seite ist es natürlich das Bestreben der Spitälern, Kooperationen zur Einsparung von Kosten einzugehen.

«Das bestehende Gebäude kann nicht mehr ewig als Landesspital genutzt werden.»